

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen: Für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 0,30 Goldmark, für Versammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile.

## Alles will reifen ...

Alles will reifen, was freudig der Sonne entgegenblüht:  
Acker und Wiese, Heide, Garten und Wald.  
Das in stillen Farben leuchtet oder in flammendem Purpur glüht,  
alles sucht seiner letzten Vollendung höchste Gestalt.  
Schimmernde Dunkheit jubelt von kommenden Tagen:  
Frucht und Samen, Ernte werden wir fragen.

Pfingstliche Sonne, glänzend auf wehendem Kinderhaar,  
frische Wangen und Herzen voll Spielender Daseinslust,  
singende Lippen und Augen wie hüpfende Bäche klar,  
tanzende Füße und sorglos jauchzende Brust —  
Ueber Gräbern der Zukunft lachend Vertrauen:  
Frohes, starkes Leben werden wir bauen.

Alles will reifen; Busch und Blume und Baum;  
Keim der Hirne, Knospe der werdenden Zeit.  
Deines Herzens purpurn glühender Traum;  
deiner Hoffnung erdbeständiges Kleid.

Dies, o Mensch, sollst du schaffend in Ehsucht begreifen:  
Blüte ist Botschaft der Frucht. Alles, alles will reifen.

Ernst Preczang

## Bericht vom 23. Verbandstag.

Der 23. Verbandstag wurde am Sonntag, 25. Mai, abends 7 Uhr, im festlich geschmückten großen Saal des Lokals „Goldener Engel“ in Eisenach durch den Kameraden Schönfelder mit einer längeren Ansprache eröffnet.

Schönfelder hob zunächst hervor, daß dieser Verbandstag in einer besonders schweren Zeit zusammentrete. Bis zum äußersten angespannt, kämpfen die Gewerkschaften, um ihren Mitgliedern Schutz und Hilfe zu geben. Ihre Kraft ist gelähmt durch eine unheilvolle Wirtschaftspolitik, geschwächt durch die ungeheuerliche Wirtschaftskrise, die Deutschland je erlebt hat. Aber wie früher in schweren Zeiten die organisierten Proletarier sich immer wieder hochgerissen und die Fahne der Organisation vorangetragen haben, so wollen auch wir in dem Bewußtsein unserer großen Aufgabe die Fahne hoch aufrichten, der die Zimmerer Deutschlands folgen sollen: Einheit und Geschlossenheit im Kampfe für Recht und Freiheit und Wohlfahrt. (Bravos)

Der Redner gedenkt dann der seit dem letzten Verbandstag verstorbenen Kameraden, insbesondere der Kameraden Reuger, Stuttgart, Kleinfeldt, Hamburg und Lappel, Frankfurt a. M. Die Delegierten erheben sich zu Ehren dieser und aller andern verstorbenen Kameraden, die für den Verband gewirkt haben, von den Plätzen.

Schönfelder erinnert weiter daran, daß der Verband im vorigen Jahre sein vierzigjähriges Jubiläum begehen konnte. Mit Stolz können wir auf die ruhmvolle Geschichte unseres Verbandes zurückblicken, der zu allen Zeiten ein treuer Sachwalter seiner Mitglieder gewesen ist. Das 40. Jahr seines Bestehens war wohl das schwerste, das er durchlebt hat, aber der Kreue, die der Kern, der Stamm seiner Mitglieder ihm bewahrt hat, verdanken wir es, daß auch diese schwerste Erschütterung seines ganzen Seins an dem Verbandsvorübergegangen ist. Wir können auf diesem Verbandstag mit der Hoffnung zusammentreten, daß es jetzt wieder vorwärts geht. (Bravos)

Der Verbandsvorsitzende erinnert weiter daran, daß auch drei Angestellte des Verbandes fest dem letzten Verbandstag ihr fünfundsiebenzigjähriges Jubiläum feiern konnten, und zwar Kamerad Heinrich Gae vom Zentralvorstand, Kamerad Knüpfer, Berlin, und Kamerad Rose, Leipzig. Unter allseitiger lebhafter Zustimmung des Verbandstages hebt er in warmen Worten der Anerkennung ihre Verdienste um den Verband hervor und betont insbesondere, daß sie bereits in einer Zeit ihre ganzen Kräfte dem Verband gewidmet haben, als noch Mut dazu gehörte, sich als organisierter Arbeiter zu betonen und dem Unternehmer als solcher gegenüberzutreten. Er bemerkt im Anschluß daran: es wäre vielleicht gut, wenn mancher junge Arbeiter, der heute den Mund nicht voll genug nehmen kann, einmal die Kenntnis des Organisationslebens jener Zeit verschaffen würde, vielleicht würde dann sein zum Schimpfen auf die „Bongen“ so leicht geöffnete Mund ein wenig ruhiger werden. (Bravos)

Wir danken den Jubilaren für alles das, was sie im Laufe dieser Jahre für den Verband geleistet haben und knüpfen daran den Wunsch, daß es ihnen noch recht viele Jahre möglich sein werde, dem Verband ihre Dienste zu widmen, hoffend, daß sie nach den letzten schlechten Jahren auch noch wieder gute Jahre mit uns erleben können, in denen die Tätigkeit für die Organisation wieder einmal Freude macht. (Bravos)

Weiter begrüßt Schönfelder die Kameraden From Petersen vom Dänischen Zimmererverband und Niels Linde vom Schwedischen Bauholzarbeiterverband. Ihr Erscheinen zugesagt haben noch Kameraden aus Holland. Der Redner stattet bei dieser Gelegenheit allen ausländischen Bruderorganisationen, die in der Zeit der Not dem Verband materielle Hilfe haben zuteil werden lassen, den Dank des Verbandstages ab.

Als Vertreter deutscher Bruderverbände begrüßt Schönfelder den Vorsitzenden des Baugewerksverbandes, Paepelow, und den Kollegen Thomas vom Dachdeckerverband. Der gleichfalls eingeladene Malerverband hat im Hinblick auf die kritische Zeit von einer persönlichen Vertretung Abstand genommen und dem Verbandstag brieflich die besten Erfolge seiner Arbeiten gewünscht.

Schönfelder hebt dann hervor, daß die Einberufung des 23. Verbandstages jetzt nur dadurch möglich geworden ist, daß die Zahlstellen sich auf Aufforderung des Vorstandes bereitwillig haben, besondere Beiträge zur Deckung der Kosten des Verbandstages zu leisten. Es gelte, auf diesem Verbandstag Mittel und Wege zu finden, dem Verband wieder ein festes finanzielles Rückgrat zu geben. Er sei überzeugt, daß die Mitglieder die notwendigen Opfer bringen würden. In dieser Hoffnung berechtigt die Tatsache, wie die Kameraden jetzt bei karglichster Unterstützung trotz voraufgegangener längerer Arbeitslosigkeit wie Helden kämpfen, um ihre Ideale gegen die Angriffe der Unternehmer zu verteidigen. (Bravos) Eine solche Arbeiterschaft wird alle Schwierigkeiten überwinden, wird wieder aufwärts steigen, dem Siege entgegen. In diesem Vertrauen auf unsere Mitglieder wollen wir unsere Verhandlungen führen. (Lebhafter Beifall)

Hierauf konstituiert sich der Verbandstag. Zu Vorsitzenden werden Schönfelder und Kroneberg (Leipzig) gewählt. Als Schriftführer werden gewählt: Abel (Duisburg), Gardt (Eisenach), Steinfeldt (Hamburg) und Pulfer (Starnberg).

Die vom Vorstand vorgeschlagene Geschäftsordnung und Tagesordnung werden nach Ablehnung einiger Anträge unverändert angenommen.

Auf eine Anfrage von Weigel, Zwickau, ob und in welcher Form der russische Bauarbeiterverband eingeladen sei, erwidert Schönfelder, daß eine solche Einladung nicht ergangen sei, weil bisher noch niemals ein russischer Zimmerer- oder Bauarbeiterverband sich beim Vorstand irgendwie bemerkbar gemacht habe.

In die Mandatsprüfungskommission werden hierauf gewählt: Oehmichen (Dresden), Goldschmidt (Breslau), Weber (Darmstadt), Gäßler (München), Straub (Suhl).

Ferner wird eine Kommission zur Prüfung der Anträge zum Beitrags- und Unterstützungswesen eingesetzt, der von vornherein alle Anträge zu diesem Punkt sowie auch ein Antrag, der sich auf die Befolgung der Lokalbeamten bezieht, überwiesen werden. Um Zeit zu sparen, soll von einem Referat des Vorstandes und einer Generaldebatte zu diesem Punkt diesmal Abstand genommen werden.

In die Statutenberatungskommission wird von jedem Gau ein Vertreter entsandt, und zwar die Kameraden: Niedel (Königsberg), Fuge (Hirschberg), Koch (Kolberg), Kepschlager (Berlin), Camenz (Dresden), Boß (Schwerin), Rogge (Magdeburg), Leibiger (Aue), Marten (Kiel), Kühn (Braunschweig), Sachs (Gotha), Kappel (München), Reiterberger (München), Siebert (Cassel), Bauer (Stuttgart), Karrer (Bielefeld), Walter (Gleiwitz), Kühn (Börsch). — Als Vertreter der Gauleiter nimmt an der Kommission Janzen (Düsseldorf) teil, auch der Vorstand und der Ausschuss sind an ihr beteiligt.

Damit sind die Arbeiten der Eröffnungssitzung erledigt.

Zum Schluß begrüßt Kamerad Gardt, Eisenach, die Delegierten und Gäste im Auftrage der Zahlstelle Eisenach, die zu den ältesten unseres Verbandes gehört. Es kann auf ein 35jähriges Bestehen als zweitgrößte Zahlstelle Thüringens zurückblicken. Redner spricht die Hoffnung aus, daß sich die Delegierten und Gäste in Eisenach wohlfühlen, und übermittelt ihnen die Einladung zu einem sich an die Eröffnungssitzung anschließenden, von der Zahlstelle Eisenach unter Mitwirkung des Eisenacher Gesangvereins veranstalteten Kommers.

Am Montag, 26. Mai, 9 Uhr, beginnen die eigentlichen Verhandlungen des Verbandstages. Es werden zunächst die Berichte der Zentralinstanzen entgegengenommen.

Schönfelder gibt im Hinblick darauf, daß diesmal dem Verbandstag kein eingehender gedruckter Bericht vorliegt, ein ausführliches Bild der Entwicklung des Verbandes in den letzten zwei Jahren, die schwersten, die der Verband je durchgemacht hat. Er schilderte zunächst die Wirkungen der furchtbaren Geldentwertung, der Inflation auf das ganze Wirtschaftsleben und damit auch auf die Gewerkschaften. Diese Inflation war ein ungeheures Kampfmittel der Schwerindustrie und der Agrarier gegen die Republik und für die eigene Bereicherung. Aber zuletzt ging es so weit, daß diese Kreise, die die Wirtschaft bestimmten, in ihrer eigenen Schande zu versinken drohten. Das führte allmählich zu der Erkenntnis, daß doch eine Rettung der Währung versucht werden mußte. Ein starker Anstoß dazu war die Forderung der Gewerkschaften nach wertbeständigen

Löhnen und deren Durchsetzung. Schon lange hatten auch wir bei allen Verhandlungen verlangt, daß, nachdem sich allmählich die Goldpreise in der Wirtschaft durchgesetzt hatten, auch Goldlöhne gezahlt werden müßten. Im Oktober 1923 kam es darüber zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern, die kein Ergebnis zeitigten; aber die Arbeitgeber haben dann Anweisung an die Bezirke herausgegeben, daß die Löhne nach Gold zu berechnen seien und nach Möglichkeit auch in wertbeständigen Zahlungsmitteln ausbezahlt seien. Das wäre damals schon ein erheblicher Fortschritt gewesen, wenn genügend Goldgeld zur Zeit dieser Anweisungen bereits vorhanden gewesen wäre. Eine wirkliche Besserung trat erst ganz allmählich ein mit der Einführung der Rentenmark; doch waren die Stundenlöhne, die dann in Gold festgesetzt wurden, überall viel zu gering. Unsere Gewerkschaftsmacht reichte nicht aus, um gleich mit den Mitteln des Kampfes bessere Löhne durchzusetzen; denn die Inflation hatte die innere Kraft der Gewerkschaften zerstört, genau so wie die Kraft des einzelnen Arbeiters. Die Massenbestände der Gewerkschaften waren völlig erschöpft, die Beiträge, die die Mitglieder unter größten Opfern zahlten, waren nahezu wertlos geworden, wenn sie in die Verbandskassen gelangten. Dazu kam dann die furchtbare Wirtschaftskrise, die die Zahl der Arbeitslosen von 139 000 am 1. August 1923 auf 1 466 000 am 1. Dezember desselben Jahres steigerte. Außerdem gab es im Dezember noch 2 Millionen Arbeitslose im besetzten Gebiet und 1 800 000 Kurzarbeiter im unbesetzten und 800 000 im besetzten Gebiet. In unserm Verbandsgebiet zeigte sich dasselbe Bild. Die Arbeitslosigkeit stieg von 4,5 % im August auf 12,5 % im September, auf 24,7 % im Oktober, auf 34 % im November und blieb dann vom Dezember bis in den März hinein auf 60 %. Was das bedeutet, geht daraus hervor, daß vor dem Kriege, selbst in den Krisenjahren im Winter die Zahl der Arbeitslosen im allerhöchsten Falle nur ausnahmsweise einmal auf 12 bis 13 % gestiegen ist. — Die Wirkungen der Inflationskrisis auf die Arbeiter kam wie immer in ihrem Verhalten zur Organisation zum Ausdruck, indem sich große Verzweiflung und Mißmut bemerkbar machten. Und wie früher, so gab man auch diesmal den Führern schuld an der Entwicklung. (Zuruf bei der Opposition: Mit Recht!) In diesem Schellen auf die Führer liegt eigentlich eine ganz ungeheure Ueberschätzung der Führer und ein großer Mangel an Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge. (Sehr richtig!) Vor allem beweisen diejenigen, die immer auf die Führer schimpfen, auch eine große Unkenntnis der Marx'schen Lehre, aus der sich ergibt, daß alles geschichtliche Geschehen zuletzt seine Wurzeln in den wirtschaftlichen Zuständen hat. (Sehr wahr!) Diese wichtigste Erkenntnis, die uns Marx überliefert hat, ist anscheinend in die Kreise, die glauben, heute die Erbschaft von Marx angetreten zu haben, noch nicht gedrungen. (Sehr gut!) Die wirtschaftlichen Tatsachen sind vor allem nicht durch radikale Neben- und lange Resolutionen usw. zu überwinden, auch nicht durch wilde Aktionen, in denen die Arbeiter ihre letzte Kraft verpulvern. Die Gewerkschaften können nicht anders als auf dem Boden der wirtschaftlichen Tatsachen nach Maßgabe ihrer Kraft und der äußeren Umstände ihre Kämpfe führen. Wer die Arbeiter blindlings in Kämpfe treibt, begeht Ludendorfferei, handelt wie ein Feldherr, der sein geschwächtes Heer einem mächtigen Feind entgegenreibt und damit nicht den Sieg, sondern die völlige Niederlage vorbereitet. — Die Reaktion setzte brutal auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete ein. Ich erinnere an das Arbeitszeitgesetz in Verbindung mit der Schlichtungsordnung. Wir müssen erwarten, daß die Arbeiter sich gegen die Auswirkungen dieser Gesetze nach besten Kräften zur Wehr setzen, wenn auch die Gewerkschaften gezwungen sind, ihre Mitglieder zur Befolgung der nun einmal bestehenden Gesetze anzuhalten, weil sie sonst durch die Rechtsprechung ihrer letzten Mittel beraubt werden können. Hier müssen die Arbeiter selbst als Personen den Achtstundentag schützen. Dafür bietet die Arbeitszeitverordnung mancherlei Möglichkeit. Es kommt nur darauf an, daß jeder Arbeiter selbst Mut und Geschicklichkeit dabei an den Tag legt, und dazu gehört vor allem die innere Verbundenheit mit dem Ideal des Achtstundentages, an der es leider noch häufig genug fehlt. (Sehr wahr!) Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn der Achtstundentag den Arbeitern nicht durch die Revolution in den Schoß gefallen wäre, sondern wenn sie ihn sich hätten erkämpfen müssen. (Sehr wahr!) Es kann jedenfalls nur zur Befreiung der Gewerkschaften und zu ihrer inneren Kräftigung führen, wenn die Mitglieder selbst auf der Arbeitsstelle jetzt wieder mehr ihre Sache führen. Dann werden wir selbst dort, wo wir jetzt haben zurückweichen müssen, uns den Achtstundentag wiederholen und ihn dann so festlegen, daß an ihm nicht wieder gerüttelt werden kann. Einem solchen Zustand wird dann auch die Gesetzgebung Rechnung tragen müssen. Das System des Schlichtungs- oder Einigungszwanges, wie es jetzt betrieben wird, müssen wir entschieden ablehnen; wir müssen uns die Freiheit unserer gewerkschaftlichen Kämpfe sichern.

Weiter zeigt sich das Vordringen der Reaktion auch in der Einschränkung der sozialen Rechte der Arbeiter. Wir müssen eine Verbesserung in den sozialen Unterstützungen, vor allem der Erwerbslosenunterstützung, fordern. Insbesondere ist für uns unannehmbar die Pflichtarbeit für die Arbeitslosen. Darin sehen wir ein Ausnahmegesetz insbesondere gegen die Arbeiter im Baugewerbe. Unser Zentralvorstand ist in Verbindung mit den andern in Frage kommenden Gewerkschaften unermüdet tätig gewesen, diese Bestimmungen zu beseitigen. Leider mit negativem Erfolg; aber in vielen Fällen ist es doch durch geschicktes Auftreten unserer Vertreter möglich gewesen, die Entschädigung für die Hausstandsarbeiter so zu bemessen, daß der Tariflohn erreicht worden ist. (Sehr richtig!) Diese ganze Pflichtarbeit wäre bei einiger Geschicklichkeit leicht aus der Welt geschafft. — Unsere Bestrebungen auf allgemeinem wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet vollziehen sich meist im Rahmen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Er ist ja seit Jahren das Ziel heftiger Angriffe gewesen; aber die Umstände, die zur Schwächung der einzelnen Gewerkschaften führten, haben natürlich auch das Wirken des ADGB eingeschränkt. Die Lebensverhältnisse der deutschen Arbeiter verschlechterten sich insbesondere durch die kapitalistische Steuerpolitik, die die Mehrheit des Reichstags getrieben hat. Der ADGB hat demgegenüber ein

eigenes Steuerprogramm aufgestellt, und es wurde die Frage ernstlich erwogen, ob nicht versucht werden sollte, dieses Programm mit den Mitteln des Generalstreiks durchzuführen. Wir haben aber die Erkenntnis gewinnen müssen, daß dieser Kampf auf politischem Gebiete ausgetragen werden muß, und da müssen wir mit der Tatsache rechnen, daß die Arbeiterparteien in der Gesetzgebung in der Minderheit sind, und daß ihre Macht, die an sich schon zu klein ist, noch dazu gesplittert ist. — Mit diesen harten Tatsachen muß auch der ADGB rechnen. Wir wünschen, daß der ADGB, an der 1919 beschlossenen Neutralität festhält. Das größte Unglück, das der deutschen Gewerkschaftsbewegung passieren kann, die Zerspaltung, die Spaltung des ADGB, muß ferngehalten werden. Wenn zu unserm Verbandstag Anträge gestellt sind, der Verbandstag solle sich die Beschlüsse der Weimarer Konferenz zu eigen machen, so zeugen solche Anträge von einer ungeheuren Verwirrung in organisatorischer Beziehung, und lassen den Schluß zu, daß politische Absichten hinter diesen Anträgen stehen. Damit komme ich zu der Politik der kommunistischen Partei in bezug auf die Gewerkschaften. Die „Rote Fahne“ hat am 19. Januar 1921 geschrieben: „Die Spaltung der sozialistischen Parteien, zuerst der alten Sozialdemokratischen Partei, dann der Unabhängigen Partei, ist das bewußte Werk der Kommunisten gewesen, unternommen im Lebensinteresse der proletarischen Revolution.“ (Hört, hört!) Demgegenüber ist unser Lebensinteresse die Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Diese Sorge um die Einheit, der Wunsch nach Erfassung aller Zimmerer, hat unsern Verband schon 1907 auf dem Verbandstag in Köln veranlaßt, seine parteipolitische Neutralität zu erklären und 1919 ist in Nürnberg für alle Gewerkschaften die parteipolitische Neutralität proklamiert. Das heißt nicht, daß wir uns von politischen Bestrebungen fernhalten, das heißt nur: neutral sein gegen politische Parteien. Alle Arbeiterparteien sind uns gleich wert, wenn sie bereit sind, die Interessen der Gewerkschaften wahrzunehmen. Parteipolitische Neutralität ist kein Verzicht auf wirtschaftspolitische und sozialpolitische Betätigung; es verstoßt auch nicht gegen diese Neutralität, wenn wir uns gefallen lassen, daß Parteien sich in den Dienst unserer Interessen stellen. (Sehr gut!) Die kommunistische Partei Deutschlands zwingt uns, daß wir uns mit ihr beschäftigen, weil sie ihrerseits uns nicht in Frieden läßt, den wir gern mit ihr haben möchten. Was ich hier sage, bezieht sich nicht auf die kommunistischen Mitglieder unseres Verbandes, sondern immer auf die Absichten der kommunistischen Partei als solche, wobei noch lange nicht ausgemacht ist, daß alle unsere kommunistischen Mitglieder den Willen haben, die Absichten ihrer Partei in unserer Gewerkschaft zur Durchführung zu bringen. Die KPD selbst hat von Anfang an die Gewerkschaften als Hindernisse ihrer Politik angesehen. Wer, wie die KPD, der Auffassung ist, daß wir bald durch einen politischen Sturz die kapitalistische Wirtschaft beseitigen könnten, der kann nicht für die gewerkschaftliche Arbeit eintreten, die in der Hauptsache darauf eingestellt ist, innerhalb dieser Wirtschaftsordnung das Los der Arbeiter nach Möglichkeit zu verbessern. Also die KPD muß gewerkschaftsfeindlich sein, sie kann nicht zugeben, daß den Gewerkschaften besondere Aufgaben zugewiesen werden. In dieser Richtung liegen auch ihre ersten Beschlüsse. In einer Entschiedenheit, die dem Gründungsparlament der KPD 1918 vorgelegt wurde, heißt es: „Die Zugehörigkeit zu solchen Gewerkschaften ist unvereinbar mit den Zielen und Aufgaben der KPD.“ Die Annahme dieser Entschcheidung ist durch die sehr kluge Frau Rosa Luxemburg verhindert worden. Aber in den 1919 herausgegebenen Richtlinien in bezug auf die Tätigkeit der kommunistischen Mitglieder in den Gewerkschaften ist davon die Rede, daß, wenn möglich, örtliche Zellstellen sich von der Zentrale lösen, die Beiträge sperren sollen usw., daß aber, wo die örtlichen Zellstellen dazu nicht bereit sind, die kommunistischen Mitglieder sich fraktionsmäßig zusammenschließen sollen und den Kampf um den Austritt der Zellstellen aus den Gewerkschaften organisieren sollen. (Zuruf von der Opposition: Lange revidiert!) Ja, nachdem diese Parole damals bei den Arbeitern keinen Anklang fand, sondern im Gegenteil, die Arbeiter in großen Massen den Gewerkschaften zuflüchten, hat man eingesehen, daß diese Richtlinien ein Fehler waren. Das Exekutivkomitee der 3. Internationale schrieb damals nach Deutschland: „Die Lösung: Heraus aus den „freien“ Gewerkschaften, ist falsch. Einige von diesen „freien“ Gewerkschaften werden wir einfach spalten müssen. Die Sache der Kommunisten Deutschlands ist es, die vor sich gehende Entwicklung zu erleichtern und zu beschleunigen. Das kann man nur tun, wenn man innerhalb der „freien“ Gewerkschaften bleibt.“ Aber das ändert nichts am Ziel, an dem grundsätzlichen Standpunkt der kommunistischen Partei den Gewerkschaften gegenüber. Es kommt darin nur zum Ausdruck: Man kann die Gewerkschaften nicht beseitigen, deshalb muß man drin bleiben und die Gewerkschaften den politischen Zwecken der Partei unterordnen. (Hört, hört!) In den Leitlinien über die Gewerkschaftsarbeit in der kommunistischen Internationale, die auf dem Parteitag 1921 beschlossenen sind, ist dann ausführlich dargelegt, wie kommunistische Fraktionen innerhalb der Gewerkschaften zu bilden sind und daß jede Fraktion streng an die Parteidisziplin gebunden ist. Die Reichsgewerkschaftszentrale bekam danach auch ausdrücklich den Namen „Zentrale der KPD, Gewerkschaftsabteilung“. Der Aufbau der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen geht vom Betrieb und Ort über den Bezirk hinaus bis zur Reichsfraktion und Industriegruppe. Es haben sich in den einzelnen Gewerkschaften Sonderorganisationen zu bilden, von denen regelmäßig Beiträge eingezogen werden und für die eine eigene Zeitung, „Der kommunistische Gewerkschafter“, unterhalten wird. In dem sogenannten „Mitteleuropäischen Bureau“ der Kommunisten betreiben sehr viel mehr „Sonnen“, als die Gewerkschaften sich leisten können, lediglich die kommunistische Gewerkschaftsarbeit. Auch dafür ist ein Programm ausgegeben, in dem es heißt: „1. Alle revolutionären Gewerkschafter Deutschlands, die oppositionellen Minderheiten in den reformistischen Gewerkschaften und die selbständigen revolutionären Verbände, die sich zu den Prinzipien der KPD bekennen, bilden ein gemeinsames Arbeitskomitee: Reichsarbeitsausschuß der revolutionären Gewerkschafter. (KPD.)“ 7. Der KPD hat die zentrale Leitung

aller gemeinsamen Aktionen der revolutionären Gewerkschafter. 8. Die revolutionären Gewerkschafter haben sich in allen Organisationen zu festen, miteinander arbeitenden Fraktionen (rote Fraktionen) zusammenzuschließen. Diese Fraktionen werden im Rahmen der Verbände beziehungsweise Industriegruppen im Reichsmaßstab vereinigt. Neben der Zusammenfassung in Reichsfraktionen nach Verbänden und Industriegruppen sind alle revolutionären Gewerkschaften örtlich und bezirklich in rote Partelle zu vereinigen. 9. Der KPD wird gebildet aus den Delegierten der unabhängigen Organisationen und der Opposition in den reformistischen Gewerkschaften.“ Die Konferenz der Ortsausschüsse in Weimar hat an einem halben Tage wohl ein halbes Duzend Entschlüsse gefaßt, auch große, weitgehende Pläne für den Neuaufbau der Gewerkschaften beschlossen. Daraus muß man unbedingt den Eindruck gewinnen, daß es da nichts zu beraten gab, sondern daß die Delegierten einfach dem Parteibefehl entsprechend abzustimmen hatten. Es ist dort ein Ausschuß eingesetzt worden, dessen Aufgabe die Einberufung eines Gewerkschaftskongresses sein soll. In der „Roten Fahne“ vom 12. März 1924 heißt es darüber: „... Es soll ein Kongreß der revolutionären Delegierten, der gewerkschaftlich organisierten und auch der gewerkschaftlich nichtorganisierten, Klassenbewußten Arbeiter der Betriebe, der Delegierten der Erwerbslosen und der revolutionären Betriebsräte sein.“ Also Klassenbewußte, nichtorganisierte Arbeiter sollen dort entscheiden über den Aufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung. (Weiterkeit.) Man scheint der Meinung zu sein, daß man diese besonders braucht, weil man auf einem solchen Kongreß keine Genossen brauchen kann, die gewerkschaftliche Erfahrung haben. (Sehr gut!) Gewerkschaftliche Erfahrung ist bekanntlich ein Ballast, mit dem sich die KPD nicht gern herumschlägt. Daß auf diesem Kongreß eine Spaltung der Gewerkschaften in großem Stil erfolgen sollte, ist auch von maßgebenden Führern der „Roten Gewerkschafts-Internationale“ ausgesprochen. Bofowski hat in Moskau am 9. Januar 1924 in einer Versammlung gesagt: „Die Einberufung dieses Kongresses bedeutet zweifellos eine Spaltung, die in den gegebenen Verhältnissen in Deutschland unvermeidlich ist. Man muß aber keine Zerstörung der Gewerkschaften befürchten; falls wir die Parole ausgeben, die Gewerkschaften zu zerstören, werden wir eine große Masse Arbeiter verlieren; denn wir werden nicht die Anhänglichkeit der deutschen Arbeiterklasse zu den Gewerkschaften ausnutzen können.“ (Hört, hört!)

Also auch diese Aktion soll nach dem bekannten Rezept von Lenin mit „List, Schläue und Verschleierung der Wahrheit“ vor sich gehen. Wenn die Spaltung durchgeführt wird, dann liegt das im Interesse der Ziele der KPD, denen das Schicksal der deutschen Gewerkschaften untergeordnet wird. Sinowjew hat im offiziellen Organ der Kommunisten, in der „Pravda“, am 7. Januar 1924 über dieses Ziel geschrieben: „Die Deutsche kommunistische Partei darf die Frage des Aufstandes und der Eroberung der Macht nicht von der Tagesordnung absetzen. Im Gegenteil, diese Frage muß in ihrer ganzen Gegenständlichkeit und Unaussehbarkeit vor uns stehen. Diese Aufgabe ist verbunden mit der Aufgabe der Vernichtung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften.“ (Hört, hört!) Anscheinend ist diese Parole aber heute schon wieder geändert. In einem Briefe an den Deutschen Parteitag der KPD, aus Moskau wird vor der Spaltung gewarnt, es heißt da: „Wir wollen die Gewerkschaftsfrage in Anbetracht ihrer Wichtigkeit in einem besonderen Briefe behandeln. Hier geht es nicht nur und nicht so sehr um das Schicksal der Gewerkschaftsbewegung, sondern um das Schicksal der KPD selbst. Hier handelt es sich darum, ob die KPD tatsächlich eine proletarische Massenpartei sein wird oder nicht.“

Man hat allmählich Bedenken bekommen, daß, wenn man die Spaltung vollzieht, die Massen nicht auf die andere Seite gehen werden; denn es heißt da weiter: „Am Tage nach der Bildung dieser parallelen Gewerkschaften durch euch werden die Massen sofort an euch die Forderung stellen, erfolgreiche wirtschaftliche Kämpfe zu führen. (Qual-Rufe bei der Mehrheit.)“ Bei der jetzigen Lage der deutschen Industrie, mit der konterrevolutionären Sozialdemokratie und dem ADGB im Rücken, in dem auf jeden Fall nicht weniger als zwei Drittel der Arbeiter verbleiben werden, könnt ihr keine wirtschaftlichen Streiks siegreich führen. Sobald sich aber die Massen überzeugt haben werden, daß unsere Gewerkschaften wirtschaftliche Streiks nicht führen können, werden sie enttäuscht sein und unsern Parallelgewerkschaften den Rücken kehren.“ (Hört, hört!) Also man hat allmählich erkannt, daß bei einer Spaltung nur ein Drittel der Arbeiter auf die Seite der KPD gehen werden und daß die Arbeiter auch den Wunsch haben, daß innerhalb dieser verhakten kapitalistischen Wirtschaftsordnung nach Maßgabe aller Möglichkeiten das Los der Arbeiter verbessert werden muß, daß es nicht genügt, die Arbeiter auf den Augenblick zu verlocken, wo die große Revolution mit einem klünnen Schwung sie in ein besseres Dasein versetzen wird. — Das Ziel der KPD, steht hier nicht zur Debatte. Wir haben hier nur dazu Stellung zu nehmen, ob die deutschen Gewerkschaften den politischen Zielen der KPD untergeordnet werden sollen oder ob wir nicht unsere eigenen Ziele, unsere eigenen Aufgaben haben und uns unsere Selbständigkeit erhalten müssen. Wir sind nicht das Werkzeug irgendeiner politischen Partei (Sehr gut!), das ist das, worauf es hier ankommt.

Wir sind auf dem Verbandstag in Weimarerode auf all diese Dinge noch nicht besonders eingegangen, weil wir glauben, daß auch die KPD, bald zu der Überzeugung kommen werde, daß eine solche Bewegung nicht nach theoretischen Lehren, sondern auf Grund der harten Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens geführt werden kann und daß es so mit der Zeit doch zu einem erträglichen Verhältnis zwischen den deutschen Gewerkschaften und der KPD kommen könne. Leider haben wir uns inzwischen davon überzeugen müssen, daß anscheinend für die Taktik der KPD in Deutschland nicht die deutschen wirtschaftlichen Tatsachen maßgebend sind, sondern die Meinungen einer weit von Deutschland entfernt sitzenden Exekutive, die den deutschen Kommunisten die Gesetze des Handelns vorschreibt. Wie wechselvoll diese Meinungen sind, haben Sie

aus den angeführten Zitate ersehen. An diesen Tatsachen dürfen wir jetzt nicht mehr vorübergehen nach dem, was sich insbesondere in andern Gewerkschaften abgespielt hat und auch auf Grund von Erscheinungen innerhalb unseres eigenen Verbandes, die uns zwingen, den Dingen ins Auge zu sehen und entsprechende Beschlüsse zu fassen. — Der Redner verweist als Beispiel auf die bekannten Vorgänge in Berlin, die er unter lebhaften Unterbrechungen der Berliner kommunistischen Delegierten ausführlich schildert. Wir haben auf Grund dieser Vorgänge die Ueberzeugung gewonnen, als wenn bei manchem Kameraden das Festhalten an der Einheit heute nur noch eine taktische Haltung ist, die sich ändern kann, wenn die Situation eine andere wird. (Sehr wahr!) Einen Anhalt dafür gibt uns eine Entscheidung der KPD., in der es heißt: „Kein Parteimitglied hat das Recht, die freien Gewerkschaften zu verlassen, bevor die Partei es nicht im Interesse der im Entstehen begriffenen Industrieverbände gestattet.“ (Hört, hört!) Also, wenn die Partei die Situation für gekommen erachtet, dann wird der Befehl zur Spaltung herausgegeben werden. Gegenüber dieser Gefahr, daß auch die Einheit und Geschlossenheit unseres Verbandes dann den kommunistischen Zielen geopfert werden könnten, müssen wir uns wappnen. Wir haben Ihnen hierzu eine Entschlieung vorgelegt. Sie enthält grundsätzlich nichts Neues, tritt auch keiner politischen Ueberzeugung zu nahe. Jedes Mitglied unseres Verbandes kann die politische Ueberzeugung haben, die es will. Die Entschlieung soll nur politische Handlungen abwehren, die von außen her kommen und unsern Verband in erhebliche Schwierigkeiten bringen können. Wir haben auch die Pflicht, Gefahren von der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung abzuwehren. Der letzte Absatz dieser Entschlieung fordert von allen Verbandsmitgliedern, daß sie die grundsätzliche Haltung des Verbandes beachten und im Interesse der Einheit der gewerkschaftlichen Organisation jeden parteipolitischen Streit im Verband vermeiden. Mitglieder, die diese Forderung nicht beachten und die sachliche Verbands- und Gewerkschaftsarbeit fördern, insbesondere sich an Gegenorganisationen oder Sonderbestrebungen beteiligen, die die Einheit des Verbandes oder der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung bedrohen, schädigen die Interessen des Verbandes und können dementsprechend nach den Satzungen behandelt werden.“ Wir hoffen, daß diese Warnung ausreichen wird, um den Verband vor weiterem Schaden, vor einer Zerrüttung und Zersplitterung zu bewahren.

Der Redner geht dann auf die Beschlüsse des letzten Gewerkschaftskongresses des näheren ein und dabei insbesondere auf die Frage der Organisationsform und des Anschlusses an den Baugewerksbund. Auf Grund einer hierzu vorliegenden Entschlieung des Vorstandes empfiehlt der Redner insbesondere im Hinblick darauf, daß durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Zeit die Gewerkschaften in ihrer Entwicklung zurückgeworfen und darauf angewiesen sind, den Wiederaufbau der Verbände mit allen wirksamen Mitteln der Organisation zu betreiben, davon abzusehen, den Standpunkt des Verbandes in der Organisationsfrage erneut festzulegen, sondern es bei dem Beschluß von Bernigerode zu belassen. Sollte allerdings — bemerkt der Redner — die Entwicklung in Deutschland uns vor harte Notwendigkeiten stellen, die so deutlich sind, daß alle Mitglieder sie empfinden, dann werden auch die Verbandsförperschaften den richtigen Weg finden, um der dann geschaffenen geschichtlichen Situation Rechnung zu tragen. — Im Anschluß hieran teilt Schönfelder unter lebhaftem Beifall der Delegierten mit, daß in Verfolg des Strebens nach einer größeren Vereinheitlichung der Organisationseinrichtungen der Gewerkschaften der Zimmerverband in diesen Tagen als neues Mitgliedsbuch das Einheitsmitgliedsbuch des ADGB herausgeben werde. Die auf Grund eines Beschlusses des Gewerkschaftskongresses vom Bundesauschuß des ADGB endgültig beschlossenen Regeln zur gemeinsamen Führung von Lohnbewegungen in gemischten Betrieben empfiehlt der Redner zur Anerkennung durch den Verbandstag. Auch nach diesen Richtlinien haben wir durchaus die Möglichkeit, Einzelkämpfe zu führen, wie sind nur verpflichtet, in solchen Fällen dann die führende Organisation davon in Kenntnis zu setzen. Das ist eine kameradschaftliche Pflicht, daß man bei solchen gemeinsamen Lohnbewegungen nicht den maßgebenden Verband hinterläßt in Schwierigkeiten bringt.

Schönfelder schließt seinen Bericht mit dem Hinweis darauf, daß die Leitung des Verbandes ständig bemüht gewesen sei, in der schweren Zeit das Verbandsdasein nicht zum Stranden kommen zu lassen. Der Verbandstag hat jetzt die Aufgabe, Beschlüsse zu fassen, die das Fundament des Verbandes festigen, ihn in den Stand setzen, wieder ein starker Rückhalt für seine kämpfenden Mitglieder zu sein. In Einheit und Geschlossenheit und mit dem ernstlichen Willen, dem Proletariat, insbesondere den Zimmerern zu dienen, sollten wir ernstlich prüfen, was das Wohl unserer Mitglieder erfordert. Von diesem Geiste befeelt, haben die Verbandsförperschaften bisher ihre Pflicht zu tun versucht. Wenn Ihrem Wirken nicht immer Erfolg beschieden war, so lag das nicht an dem guten Willen, sondern in den Verhältnissen. Möge es dem Vorstand, der auf diesem Verbandstag gewählt wird, vergönnt sein, unter besseren Bedingungen die Geschäfte des Verbandes zu führen und möge es ihm in inniger Zusammenarbeit mit allen Gliedern des Verbandes gelingen, die Mitglieder aus den Niederungen der heutigen Not wieder hinaufzuführen zu den höheren Höhen eines besseren Daseins. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf erstattet Römer den Rassenbericht. Er schildert die Zerrüttung des Verbandsvermögens infolge der Inflation, die auch einen erheblichen Abbau des Verwaltungsapparates und Einschränkung aller Einrichtungen des Verbandes zur Folge hatte. Den Internationalen Bruderverbänden, die dem Verband in dieser schweren Zeit materielle Hilfe haben zuteil werden lassen, spricht der Redner nochmals den Dank des Verbandes aus. Aufgabe des Verbandstags wird es sein, für die Zukunft die Rassenverhältnisse des Verbandes wieder in geregelte Bahnen zu bringen. Wenn wir auf diesem Verbandstag den Boden für eine glückliche Zukunft des Verbandes ebnen wollen, so müssen wir vor allem darauf bedacht sein, die Einheit und Geschlossenheit der Mitglieder zu wahren. Rückwärtslose Ausschaltung aller politischen Einflüsse, dagegen mehr kameradschaftliche Solidarität ist der Quell, aus dem wir

die Kraft zum ferneren Gelingen unserer Aufgaben schöpfen werden. (Bravol)

Den Redaktionsbericht gibt Wolgast. Er hebt hervor, daß die beim Vorstandsbereich ausführlich geschilderten allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse auch das Verbandsorgan, den „Zimmerer“, nach jeder Richtung beeinflusst haben, so daß die in Bernigerode gefaßten Beschlüsse, unter andern auch die Herausgabe eines Jahrbuches, bis jetzt nicht verwirklicht werden konnten. Die Auflage des „Zimmerer“ erreichte seit dem Bernigeroder Verbandstag (108 000) ihren bisher höchsten Stand im Januar 1923 mit 120 000 und ging dann bis auf 116 400 im August vorigen Jahres zurück. Zurzeit beträgt die Auflage der Zeitung, die seit Februar wieder vierseitig und erst seit April dieses Jahres endlich wieder regelmäßig wöchentlich herausgegeben werden konnte, dem zurückgegangenen Mitgliederbestande entsprechend, 101 500. Mit der Belegung der Bauwirtschaft darf auf eine baldige Aufwärtsbewegung des Verbandes und damit auch auf ein Wiederaufsteigen der Auflage des „Zimmerer“ gerechnet werden. Nachdem der „Zimmerer“ wieder regelmäßig erscheint, werden auch die wichtigen Gebiete der Sozialpolitik und der Arbeiterversicherung wieder ausführlich in der Zeitung bearbeitet werden. Dem Beschluß des Verbandstages von 1919, daß der „Zimmerer“ sich jederzeit einseitiger Parteipolitik zu enthalten hat, sind wir auch in der letzten Geschäftsperiode treu geblieben. Die neueste Schöpfung des Verbandes, der „Jung-Zimmermann“, ist erfreulicherweise allgemein im Verbande gut aufgenommen worden. (Zustimmung.) Die jungen Kameraden bringen ihm großes Interesse entgegen, ganz besonders den fachtechnischen Artikeln. Auch zahlreiche ältere Kameraden beziehen aus diesem Grunde den „Jung-Zimmermann“. Ein Antrag Cassel wünscht, daß unser Jugendblatt ausschließlich dem Zwecke dienen soll, die jungen Kameraden zu tüchtigen Gewerkschaftern und Sozialisten zu erziehen. Demgegenüber möchte ich zu bedenken geben, daß die berufliche Ausbildung unserer jungen Kameraden uns nicht minder am Herzen liegen muß. Dem wer tüchtig in seinem Berufe ist, der ist auch weniger abhängig im Leben und kann auch als Gewerkschafter und Parteimitglied viel freier auch dem Unternehmer gegenüber auftreten als jemand, der nichts Besonderes in seinem Berufe zu leisten vermag. Würdenschwer wäre eine bereitwillige und fachverständige Mitarbeit an dem Blatte aus den Kreisen der Kameraden, insbesondere der Jugendlichen selbst. Eine solche Gemeinschaftsarbeit wird unsere Sache fördern und zum Gelingen des Ganzen wesentlich beitragen. (Bravol)

Für den Ausschluß berichtet dann Kube. Er stellt fest, daß in der Zeit der furchtbaren Geldentwertung mehr als die Hälfte der Angestellten des Zentralvorstandes entlassen werden mußten und die verbleibenden sich bei erhöhter Tätigkeit mit einer geringeren Entlohnung abfinden mußten. Die Unterstufungen konnten nur nach Maßgabe der vorhandenen Mittel gewährt werden. Die Erwerbslosenunterstützung wurde mit Zustimmung des größten Teiles der Mitglieder schließlich ganz eingestellt, hoffentlich nur vorübergehend. Für die Verbandsleitung kam es in erster Linie darauf an, den Verband intakt zu halten und ihn über die schwersten aller Zeiten hinwegzubringen. Das ist erreicht worden. Ohne Verband würde es uns allen heute wahrscheinlich noch viel schlechter gehen. Alle wichtigeren Maßnahmen hat der Vorstand in enger Fühlung mit dem Ausschuß getroffen. — Kube berichtet dann kurz über einige Beschwerden, die der Ausschuß erledigt hat, und spricht zum Schluß die Hoffnung aus, daß die Aussprüche auf dem Verbandstag im Geiste der Kameradschaftlichkeit vor sich gehen möge. Auch heute noch liegt die Zukunft düster vor uns. Wir werden die schweren Zeiten nur überwinden, wenn wir unsere Kräfte konzentrieren und Schulter an Schulter für unsere Bestrebungen und Ziele eintreten. (Bravol)

Damit schließt die Vormittagsitzung.

In der Nachmittagsitzung erstattet zunächst Caspar, Bremen, den Bericht über die Generalrevision der Hauptkasse; er beantragt, dem Zentralvorstand Entlastung zu erteilen.

Der Vorsitzende begrüßt dann die inzwischen erschienenen holländischen Kameraden van der Wal und J. P. Boonstra.

Hierauf wird in die Debatte zum Vorstandsbereich eingetreten.

Zunächst erhält zur Organisationsfrage das Wort der Vorsitzende des Baugewerksbundes Paepow: Im Anschluß an die Ausführungen Schönfelders zum Leipziger Gewerkschaftskongreß weist er darauf hin, daß auch dort nicht angenommene Resolution Tarnow, für die die Delegierten des Zimmererverbandes gestimmt haben, besagte: „Um die vorhandenen Gegenfälle und Reibungsflächen zu verhindern, empfiehlt der Kongreß nachdrücklich denjenigen Berufsverbänden, deren Organisationsgebiete ausschließlich oder vorwiegend in derselben Industrie liegen, den Zusammenschluß zu einem gemeinsamen Industrieverband.“ Da die Zimmerer zweifellos Bauarbeiter sind, liegt ihr Anschluß an den Baugewerksbund also auch im Sinne des Antrages Tarnow. Der Zimmererverband würde natürlich im Baugewerksbund eine große ausschlaggebende Gruppe sein und würde dort ebenso gut die Interessen seiner Mitglieder vertreten können, wie als Berufsorganisation. Die Satzungen des Baugewerksbundes sind schon darauf eingerichtet und werden noch verbessert, indem den einzelnen Gruppen größere Rechte übertragen werden. Auch wird eine Bestimmung aufgenommen werden, daß gegen den Willen einer einzelnen Gruppe diese Rechte niemals geändert werden können. Im Ausnahmefalle ist die Vereinigung der Zimmerer mit den Bauarbeitern, zum Teil auch mit den Holzarbeitern, in einen gemeinsamen Bau- und Holzarbeiterverband fast überall schon vollzogen, nur in Dänemark und Schweden noch nicht. Deshalb sollte auch der deutsche Zimmererverband dieser Idee des Anschlusses an den Baugewerksbund mehr Liebe, Vertrauen und Interesse entgegenbringen.

Repschläger, Berlin, wünscht Herbeiführung näherer Beziehungen mit den russischen Bauarbeitern. Er kritisiert das Verhalten des ADGB in der Frage der Ruhrbesetzung und geht dann näher auf die von Schönfelder erwähnten Vorgänge in Berlin ein. Der Vorstand der

Zahlstelle Berlin habe lediglich den Willen der Mehrheit der Mitglieder erfüllt.

Creuzburg, Jena, erinnert daran, daß im Statut als Ziel und Zweck des Verbandes festgelegt ist: „die Wahrung und Verbesserung der beruflichen und wirtschaftlichen Lage der Zimmerer Deutschlands, die nur durch die Eringung der politischen und wirtschaftlichen Macht, die zum Sozialismus führt, erreicht werden kann“, und legt demgegenüber dar, daß in Wirklichkeit die Verhältnisse sich gegenüber der Zeit vor dem Kriege verschlechtert hätten. Der Lohn sei gegenüber 1914 um 43% zurückgegangen. Die politische Macht, die die Arbeiterklasse 1918 in Händen gehabt habe, habe sie durch die Schuld der Sozialdemokratie verloren. (Widerpruch. — Zuruf: Spartakusbund!) Der Redner führt als Stütze seiner Behauptung ein längeres Zitat aus der „Frankfurter Zeitung“ an. Er kritisiert weiter die Zustimmung der Sozialdemokratie zum Ermächtigungsgesetz, das die Notverordnung über Arbeitszeit usw. zur Folge gehabt habe. Die jetzige Krise sei keine gewöhnliche, sondern zurückzuführen auf das Bestreben der Entente, die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu beseitigen.

Ege, Frankfurt a. M.: Auch der Vorredner hat kein Rezept angeben können, wie der Vorstand es nun hätte machen sollen, die berufliche und wirtschaftliche Lage der Zimmerer unter den obwaltenden Verhältnissen zu verbessern. Die Schuld daran, daß 1918 die Arbeiterklasse von ihrer Macht keinen Gebrauch machen konnte, lag an der sofort einsetzenden Uneinigkeit innerhalb der Arbeiterpartei und dem Ausfall der Wahl im Januar 1919, die keine sozialistische Mehrheit im Reichstag brachte. Das Hineintragen des politischen Meinungsstreites in die Gewerkschaften werde auch niemals dazu beitragen, die berufliche und wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern. Es kommt vielmehr darauf an, auf Grund der realen Machtverhältnisse und der wirtschaftlichen Tatsachen die Verbandspolitik zu führen. (Bravol)

Mally, Chemnitz: Wenn wir im Zimmererverband nicht die scharfen Auseinandersetzungen gehabt haben wie andere Verbände, so hängt das damit zusammen, daß unsere führenden Kameraden keine Regierungsposten angenommen haben, wie Winnig und andere. Denen, die an solch verantwortlicher Stelle stehen, sind natürlich auf der andern Seite die Flügel gebunden. — Was Schönfelder über die Richtlinien der KPD. zur Zertrümmerung der Gewerkschaften anführte, ist schon lange überholt. Levi, der auf dem Hebelberger Parteitag der Kommunisten die Forderung vertrat: Heraus aus den Gewerkschaften! — hat der Richtung Brandler weichen müssen. (Zuruf: Der ist inzwischen auch erledigt!) Nein, der Geist Brandlers existiert auch heute noch in der kommunistischen Partei. Der Kommunist, der sich einbildet, wir brauchen die Gewerkschaften nicht oder es müßten neue Organisationen gegründet werden, ist sich nicht klar darüber, was das bedeutet. (Sehr wahr!) Die Gewerkschaften müssen einheitlich und geschlossen bleiben. (Sehr gut!) Die Weimarer Konferenz ist aus dem Gedanken heraus geboren, daß das Vertrauen der deutschen Arbeiter zu den Organisationen stark erschüttert war. Bei uns war das nur in geringerem Maße der Fall, als in anderen Organisationen. Denen jedoch, die nach Erfurt kamen, um neue Organisationen zu gründen, ist dort deutlich gesagt worden: mit solchen Gedanken spielt man nicht, wir bleiben in den Gewerkschaften; wir dürfen die Gewerkschaften nicht zerschlagen! (Lebhafter Bravol)

Riedel, Königsberg: Auch die Sozialdemokratie hat Richtlinien aufgestellt, die nachher revidiert worden sind; aber nicht im Interesse des Proletariats. Die Richtlinien der KPD. aber sind revidiert worden im Interesse der Einheitsfront. Die parteipolitische Neutralität kann sich nur auf Parteien beziehen, die Arbeiterinteressen vertreten. Sakentzler usw. können wir in unsern Reihen nicht dulden. Wir Kommunisten denken nicht daran, die Gewerkschaften zu zertrümmern. Mit dem Baugewerksbund müssen wir uns bei Kämpfen natürlich verständigen. Mit der Bauhütte haben wir in Königsberg keine guten Erfahrungen gemacht.

Reith, Bismarck: Die Pflichtarbeit bedeutet eine ungeheure Provokation für die Arbeiter. Doch sind bei all diesen Dingen die wirtschaftlichen Verhältnisse ausschlaggebend. Eherne wirtschaftliche Gesetze kann man nicht mit hochtönenden Schlagworten umstoßen. Einen Vorwand aus Moskau brauchen wir nicht. In der Frage der Umgruppierung der Gewerkschaften ist zu verzeichnen, daß nach dem letzten Gewerkschaftskongreß eine ganze Anzahl Organisationen in der Urabstimmung eine Verjährung abgelehnt hat. Ich bin auch dafür, daß wir diesmal keine weiteren Beschlüsse in dieser Frage fassen. Wenn die Zeit gekommen sein wird, werden wir den Zusammenschluß zur Industrieorganisation vornehmen. Die Hauptsache ist, daß die Masse, die in einer Organisation zusammengefloßen ist, weiß, was sie will. Nur eine geschlossene und starke Organisation kann uns aufwärts und vorwärts führen.

Oschach, Leipzig: Ich begrüße die Ausführungen des Kameraden Mally. Wenn er in der Deffektivität so auftritt, wird die KPD. ihn wohl bald ausschließen, wie es einigen Kommunisten bei uns gegangen ist. In Sachen ist der Mitgliederrückgang hauptsächlich in den Hochburgen der Revolutionäre zu verzeichnen, zum Beispiel im Leunaerwerk. — Gegenüber der Verordnung, betreffend die Arbeitszeit, hätte im „Zimmerer“ ein kräftiger Aufruf erscheinen sollen. Ich begrüße die Ausstattung des „Jung-Zimmermann“. Bei uns haben ihn auch eine ganze Reihe älterer Kameraden abonniert.

Foerster, Halle: Der Anschluß an den großen Industrieverband sollte mit aller Kraft im Lande propagiert werden, damit die Frage wenigstens auf dem nächsten Verbandstag spruchreif ist. Auf dem letzten Verbandstag hat Schönfelder erklärt, die Arbeitsgemeinschaft brauchen wir nicht mehr zu begraben, wir brauchen keinen Dolchstoß an einem Leichnam zu vollführen. Auf dem Leipziger Gewerkschaftskongreß haben dann aber die Delegierten des Zimmererverbandes für die Zentralarbeitsgemeinschaft gestimmt. Gegen die Pflichtarbeit muß der schärfste Kampf aufgenommen werden. Wir sind mit der passiven Resistenz dagegen unter den Schlitzen gekommen infolge der ungeheuren Arbeitslosigkeit.

Steinfeldt, Hamburg: Wenn wir uns heute mit der Arbeitszeitverordnung und der Pflichtarbeit abzugeben

Haben, so liegt die Ursache in der Uneinigkeit und Zersplitterung der Arbeiterschaft, die es nicht verstanden hat, ihre Macht zu gebrauchen. Wir haben in Hamburg einfach die Bauten gesperrt, wo Pflichtarbeit verlangt wurde. Wir sagen uns: zum Teufel mit den Gesetzen, wenn sie die Lebenszeit der Arbeiter gefährden. Auch bei dem Kampf um den Achtstundentag kommt es darauf an, daß die Kameraden selbst ihre ganze Kraft für seine Erhaltung einsetzen. Die Unternehmer wären Esel, wenn sie die Differenzen innerhalb der Arbeiterschaft nicht für sich ausnützen würden. Wenn man ständig den Kampf gegen die Führer, gegen die Gewerkschaftsbürokratie predigt, kann man sich nicht wundern, wenn die Unternehmer die Früchte dieser Spaltungsarbeit ernten. (Sehr richtig!) In den kommunistischen Parteizeitungen findet man nichts vom Kampf gegen die Unternehmer; die Hauptfrage ist ihnen der Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die praktisch für die Interessen der Arbeiter eintritt. Mally steht mit seinen Ansichten leider vereinzelt innerhalb der Kommunisten dar. In anderen Organisationen ist bereits die Spaltung durch die Kommunisten durchgeführt worden. Die Hamburger Kommunisten, die die Spaltung propagieren, haben auf dem Parteitag der SPD. über die Richtung Brandier und Mally Bescheid. Zur Frage der Verschmelzung verweise ich darauf, daß unsere Organisation von den Mitgliederverlusten, wie sie andere zu verzeichnen haben, verschont geblieben ist. Das ist der beste Beweis, daß sie mit ihrer Politik auf dem richtigen Wege und wert ist, erhalten zu werden. (Bravol)

Sauer, Frankfurt a. M.: Nachdem wir in den letzten Jahren der ungeheuren wirtschaftlichen Umwälzung uns nur mit der Bohfrage beschäftigen konnten, müssen wir in der nächsten Zeit viel mehr für die Aufklärung und gewerkschaftliche Erziehung der Kameraden tun. Im Auftrage unserer Zahlstelle spreche ich den ausländischen Bruderorganisationen unseren besonderen Dank für ihre materielle Unterstützung in dieser schweren Zeit aus. Wenn man den ADGB für alles Mögliche verantwortlich macht, so ist das ein Zeichen der Schwäche. Wir müssen versuchen, aus eigener Kraft unsere Interessen zu vertreten. Man könnte diesen Verbandstag als den Verbandstag des Wiederaufbaues bezeichnen. Die Zustände in Berlin liegen nicht im Interesse unserer Organisation. Die Leute, die dort am Ruder sind, scheinen mit dem einen Auge immer nach dem Bande der aufgehenden Sonne.

Casper, Bremen: Zur Frage des Bauarbeiter-schutzes liegen wieder eine ganze Reihe von Anträgen vor. Die Spitzenorganisationen sollten beim Reichsarbeitsministerium dafür eintreten, daß die erfolgten Entlassungen von Baukontrollleuten zurückgezogen werden. Der Zusammenschluß im Baugewerksbund ist eine dringende Notwendigkeit. Gewiß haben wir uns bisher als Organisation immer behauptet; aber ein einheitliches Zusammenarbeiten der gesamten Bauwerke würde uns viel weiter bringen.

Kroneberg, Leipzig, spricht ebenfalls für die Verschmelzung mit dem Baugewerksbund. Sobald die vom Bundesausschuß eingesetzte Kommission eine Regelung der Organisationsfrage gefunden hat, sollte auch unser Verband die Verschmelzung herbeiführen. Die Pflichtarbeit ist vom ADGB. aufs schärfste bekämpft worden. (Zuruf von der Opposition.) Ich freue mich, daß Mally hier offen ausgesprochen hat, daß an den freien Gewerkschaften festgehalten werden muß. Aber wenn es wahr ist, was die Vertreter der sogenannten Opposition hier sagen, wozu ist es dann notwendig, daß man sich einen Vertreter der kommunistischen Zentrale als Aufsichtsperson nach Eisenach holt und ihn an den offiziellen Fraktionsitzungen teilnehmen läßt? (Hört, hört!) Wenn man Organisationen, die nicht freigewerkschaftlich sind, offiziell und inoffiziell unterstützt, dann nützt eine solche kleine Liebeserklärung auf dem Verbandstag nichts. Wir müssen jede Organisationszersplitterung, wo sie auch herkommt, bekämpfen. (Bravol)

Lichtenberger, Dresden: Die Delegierten des Gauces 6, mit Ausnahme eines einzigen, sind mit den Maßnahmen des Zentralvorstandes in den letzten zwei Jahren durchaus einverstanden. Wir hätten nur gewünscht, daß die Zentralinstanzen von sich aus schon im Frühjahr die Beiträge erhöht hätten. Den Vorgängen in Berlin gegenüber sollte der Zentralvorstand mit größerer Energie eingreifen. Wir in Dresden haben das Glück, daß der aufgeklärte disziplinierte Teil der Arbeiter, der Jahrzehnte in der Arbeiterbewegung seine Pflicht erfüllt hat, zu uns gehört. Wenn erst die Arbeitermassen aus dem grenzenlosen wirtschaftlichen Elend herausgekommen sein werden, dann wird eine Hauptursache der bedauerlichen Zersplitterung der Arbeiterbewegung beseitigt sein. Wenn wir vorwärts kommen wollen, müssen wir fest zusammenhalten. (Beifall.)

Stacker, Hamburg: Der Gau Schleswig-Holstein-Odenburg billigt einstimmig die Haltung der Zentralinstanzen. In der Frage der Verschmelzung dürfen wir der Arbeit der vom Bundesausschuß eingesetzten Kommission nicht vorgehen. — Wenn wir uns den Luxus des Bruderkampfes leisten, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn uns die Kapitalisten das Fell über die Ohren ziehen. — Der „Jungzimmermann“ kann sich in Form und Inhalt mit allen andern gewerkschaftlichen Jugendzeitschriften messen. Leider fehlt es noch vielfach an der aktiven Mitarbeit in den Reihen der Jugendlichen. Es ist verständlich, daß die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten 10 Jahre auch in der Jugend eine ungeheure geistige Verwundung angerichtet haben. Um so mehr haben wir die Pflicht, den Jugendlichen zu helfen und sie zu uns emporzuheben. Die Kameraden, die heute in der Jugendbewegung stehen, sind die Pioniere auf diesem Gebiete; sie werden noch wenig Befriedigung in ihrer Tätigkeit finden. Das wird späteren Jahrgängen vorbehalten bleiben. Unser Streben muß sein, die wirtschaftliche Lage der jungen Leute zu heben, ihr Solidaritätsgefühl zu stärken, ihr Wissen zu bereichern. Damit wird nicht nur der Jugend, sondern der ganzen Arbeiterbewegung gedient. (Bravol)

Schiff, Berlin: Gegenüber den Ausführungen Schönfelders stelle ich fest, daß es gerade den Kommunisten zu verdanken ist, wenn wir heute in Deutschland wieder so große gewerkschaftliche Organisationen haben. (Große

Heiterkeit.) Der kommunistische Parteitag hat von allen Mitgliedern der Partei verlangt, daß sie sich gewerkschaftlich organisieren. In dem schweren Kampfe um die Arbeitszeit, in dem die Zimmerer Berlins jetzt stehen, gibt es keinen Unterschied der politischen Richtungen. Bedauerlich ist daß die Kaeplow-Jünger bei diesem Kampfe mit uns nicht konform gehen. Der Redner geht weiter auf Berliner Verhältnisse ein und kritisiert insbesondere die Haltung eines Mitgliedes des Berliner Ortsausschusses in der Frage der Pflichtarbeit.

Wundersee, Berlin: Schönfelder hat heute die Masse gegenüber den Kommunisten fallen lassen. Er mußte sich wohl den Beschlüssen des Ausschusses des ADGB. vom Februar gegenüber der Opposition fügen. Er hätte nur offen sagen sollen, daß man drauf und dran ist, die kommunistischen Mitglieder aus dem Verband der Zimmerer auszuschließen. Die Kameraden im Lande stehen nicht auf dem Standpunkt der Mehrheit des Verbandstages. (Zuruf von der Mehrheit: Dann wären wir nicht hier!) Der Redner zitiert weiter Äußerungen von Cohen-Neuß und Hänisch als Beweis dafür, daß die Führer der Arbeiterschaft nicht die Interessen der Arbeiter vertreten. Wir nehmen nicht Stellung gegen die Genossen, die heute zur SPD. gehören, wir wollen nicht die Gewerkschaften spalten, sondern wir wenden uns gegen das System, daß sich die Sozialdemokratie mit dem Kapital auf Geheiß und Verberb koalitiert. (Lachen.) Wir treten für die Einheitsfront ein, aber nicht mit den Führern, die nicht die nötigen Maßnahmen ergreifen, um die Arbeiter aus ihrem Elend zu befreien.

Witt, Elbing, erklärt, daß die Kameraden des Gauces I mit einer Ausnahme mit der Haltung des Vorstandes einverstanden sind. Ich bedauere, daß von der Opposition die Politik in unsere Debatten hineingetragen worden ist. Gegen die Kreise des Verbandes, die gegen die Satzungen verstößen, muß mit aller Schärfe eingeschritten werden. Die endgültige Entscheidung in der Verschmelzungsfrage sollte einer Urabstimmung überlassen werden. Die sachliche Beilage zum „Jungzimmermann“ könnte noch ausgestellt werden, dann wird das Blatt noch mehr Anklang bei unsern jungen Kameraden finden.

Eine inzwischen eingelaufene Resolution der Opposition, die dem Verbandsvorstand wegen seiner Politik das schärfste Mißtrauen ausdrückt, findet nicht die genügende Unterstützung.

Schrön, Berlin: Daß der erste Kassierer in Berlin, Welsow, nicht von uns gemahregelt ist, beweist das Stimmverhältnis bei der Wahl. Welsow bekam 1011 Stimmen, Jhm 1080. Der erste Vorsitzende, Kepschläger, erhielt 1564 Stimmen, Jach 490 Stimmen. Das beweist, daß in Berlin kein Terror ausgeübt wird, sondern die Mehrheit unserer Berliner Kameraden unsere Politik für gut hält. Der Redner polemisiert weiter gegen einzelne Ausführungen von Schönfelder. Wenn Schönfelder die Mitglieder jetzt auf die Selbsthilfe gegenüber den Notgesetzen verweist, so würde das zu wilden Streiks führen. Dazu schließen sich doch die Mitglieder zu Gewerkschaften zusammen, um gemeinsam den Kampf gegen die Staatsmacht zu führen.

Engler, Mannheim, legt dar, daß die Richtlinien des ADGB. für gemeinsame Lohnkämpfe sich bei den Kämpfen in Mannheim-Ludwigschanen nicht bewährt hätten. Von einer Verschmelzung wollen die Kameraden in Mannheim nichts wissen; denn sie können die dortigen Industrieverbände nicht als Vorbild ansehen. Die Zimmerer seien dort die einzigen, die den Achtstundentag hochhalten im Gegensatz zu den andern Bauarbeitern. Eine Verschmelzung würde nur dazu führen, daß wir genau so lahmgelegt werden wie die heutigen Industrieverbände dort.

Strobel, Leipzig, macht dem Vorstand den Vorwurf, daß er sich von den Verhältnissen habe schieben lassen. Die Gewerkschaften, die eine reale Macht darstellen, sollten aktiver in den Kampf im Interesse der Arbeiterklasse eintreten. Man soll nicht glauben, daß durch irgendwelche Schachzüge etwas für die Arbeiterschaft herausgeholt werden kann. Die Pflichtarbeit müssen wir grundsätzlich bekämpfen. Mit Sabotageakten ist dagegen nichts auszurichten.

M. \* e l, Erfurt, weist die Vorwürfe gegen die „Bongzen“ zurück. Die Gewerkschaftsangehörigen haben in der schweren Zeit alles aufgegeben, um für die Kameraden das Notwendige herauszuholen. Dafür haben sie sich die bittersten Vorwürfe gefallen lassen müssen und haben oft selbst noch nicht soviel gehabt, um ihre Familie zu ernähren. Ueber die Ausführungen Mallys habe ich mich gefreut. Aber bei uns in Erfurt haben die Kommunisten mit Hochdruck danach gestrebt, die Organisation zu zersplittern.

Die weitere Debatte wird auf Dienstag vertagt. Es wird nun noch der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen, den O e h m i c h e n, Dresden, erstattet. Aus dem Bericht geht hervor, daß 164 Delegierte anwesend sind. Außerdem 16 Gauleiter, 4 Vertreter des Zentralvorstandes, je ein Vertreter der Redaktion und des Ausschusses und die Gäste. Die Kommission hat auch Feststellungen über die Dauer der Organisationsfähigkeit der Delegierten gemacht, aus denen sich ergibt, daß fast zwei Drittel der Delegierten seit über 15 Jahren organisiert sind und etwa ein Drittel mehr als 25 bis 40 Jahre. Die Mandate werden alle für gültig erklärt.

Damit schließt um 7 1/2 Uhr der erste Verhandlungstag.

**Unsere Lohnbewegungen.**

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Alfeld i. Hann., Alleben, Altenmarkt, Altenstittenbach, Alt-Landsberg, Augsburg, Bad Aibling, Bad Tölz, Bayreuth, Brannschweig, Bremen, Büchelburg, Cassel, Celle, Coblenz, Deggenorf, Einbeck, Elbing, Elvershausen, Erding, Erlangen, Förste, Forchheim, Gellersheim, Goslar, Güttingen, Hameln, Hannover, Hettstadt (Firma Schnert), Hof, Jümmenstadt, Jugolstadt, Kaufbeuren, Kelheim, Kempten, Königsberg i. Pr., Krakow, Kronach, Kulmbach, Lamspringe, Landskron i. Bayern, Lauf, Laufen, Lehe-Greestemünde, Liebenburg, Lindau, Marktredwitz, Memmingen, Miesbach, Mühlhof, München, Murnau,

Neidenburg, Nienburg a. d. W., Nordenham, Northheim, Nürnbereg, Oldenburg (Freistaat), Osnabrück, Partenkirchen, Passau, Prien, Rehau, Rosenheim, Schladen, Schwabach, Schwandorf, Schwarzenbach a. d. S., Schweinfurt, Sprunge, Stadthagen, Stargard i. M., Barel, Wunsen a. d. Aller, Woldegt, Würzburg.

Gestreift wird in Amberg, Arnswalde, Bad Harzburg, Bielethal, Blankenburg a. Harz, Brandenburg, Cassel, Coburg, Deutsch-Krone, Döitz-Sallentin (Gut Clemstein), Effen-Karnap (Firma Gebr. Hefmann), Gatz a. d. Oder, Grabow, Groß-Berlin, Großenhain, Gumbinnen (Firma Goldbeck), Halberstadt, Hildesheim, Kitzingen, Ludwigslust, Marienburg (Firma Kaiser), Neurruppin, Preuß.-Eylau, Pritzki, Reudsburg (Firma Holzmann), Salzwedel, Seehausen i. d. Alt., Stuttgart, Uelzen, Weithelm, Wernigerode.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

Berlin und Umgegend. In einer allgemeinen Streikversammlung am 21. Mai im Gewerkschaftshaus berichteten der Vorsitzende, Kamerad Kepschläger, über die Verhandlungen vor dem Schlichter Wiffel und über die Stellungnahme der übrigen beteiligten Arbeiterverbände zu den Forderungen der Zimmerer. Während die Zimmerer auf der 46 1/2-Stunden-Woche bestehen, habe der Baugewerksbund diese von vornherein preisgegeben. Die Versammlung mißbilligte dieses Verhalten. Die in der Aussprache gemachte Mitteilung, daß die Mitglieder des Baugewerksbundes teilweise unter dem Schutz der grünen Polizei arbeiten, während dieselbe Polizei unsere Streikposten verhafte, rief große Erregung hervor. Zum Schluß gab Kamerad Kepschläger ein Mundschreiben des Verbandes der Baugeschäfte von Groß-Berlin bekannt, worin die Mitglieder aufgefordert werden, „absolute Ruhe zu bewahren. Nicht die geringste Unsicherheit darf gezeigt und kein Fernruf über die Tariflöhne bewilligt, auch keinerlei sonstige Versprechen gemacht werden. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß die Maurer, Betonarbeiter, Bauhilfsarbeiter usw. bei der Einstellung nichts zu unterschreiben haben (eine Unterschrift soll nur von den Zimmerer gefordert werden). Es dürfen diesen Leuten keine Iverse vorgelegt werden, und es ist alles zu unterlassen, was bei den Mitgliedern des Baugewerksbundes, des Zentralverbandes der christlichen Bauarbeiter und des Zentralverbandes der Maschinen- und Weizer irgendwie nach Maßregelung aussehen könnte. Wer sich jetzt nicht streng an die Anordnungen des Verbandes hält, versündigt sich am Gewerbe, denn es gibt keine Ruhe in diesem Sommer, wenn die Arbeiterorganisationen, die uns jetzt den verschärften Kampf ansagen, die Oberhand gewinnen. Unter keinen Umständen darf das geschehen, und es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn wir, nachdem wir so weit gekommen sind, nicht mit dem Rest der Zimmerer und ausgeschlossenen Bauarbeiter fertig werden sollten.“ Unter allgemeiner Heiterkeit nahmen die Versammelten von dem Inhalt des Mundschreibens Kenntnis. Nach einem Hoch auf unsere Bewegung wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Gegenüber dem im „Vorwärts“ vom 22. Mai veröffentlichten Bericht ist zu bemerken, daß die übrigen beteiligten Verbände von vornherein den Standpunkt eingenommen haben, die 46 1/2-Stunden-Woche sei nicht zu halten, man müsse die 48-Stunden-Woche zugestehen. In diesem Sinne hat auch eine Versammlung des Baugewerksbundes am 10. April beschlossen. In einer auf Antrag der Zimmerer einberufenen Sitzung des Bauartells am 19. April wurde derselbe Standpunkt eingenommen.

**Versammlungsanzeiger.**

- Dienstag, den 10. Juni:**  
 Kiel: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Wohau:** Nach Feierabend in Kerns Restaurant. — **Nordenham:** Nachmittags 5 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Schulstraße 10.
- Donnerstag, den 12. Juni:**  
 Siegen: Abends 7 1/2 Uhr in der Wirtschaft von Wilhelm Jung, Sandstraße.
- Freitag, den 13. Juni:**  
 Gelsenkirchen, Bezirk Wattencheid: Abends 7 Uhr bei Wismann, Ecke Hoch- und Sedanstraße.
- Samstag, den 14. Juni:**  
 Döitz: Abends 7 Uhr im Gasthof von Martin Leh. — **Reudsburg:** Abends 8 Uhr im „Gesellschaftshaus“, Nienstadtstraße. — **Waren:** Abends 8 Uhr im Gasthof „Zur Traube“.
- Sonntag, den 15. Juni:**  
 Meuß.

**Anzeigen.**

**Warnung vor Zuzug nach Berlin.**

Durch die Aufnahme der Arbeit seitens der Maurer wird vielfach angenommen, daß auch der Streik der Zimmerer beigelegt sei. Dem ist nicht so. Der Streik der Zimmerer in Berlin wird verschärfte weitergeführt. Zuzug nach Berlin ist unbedingt fernzuhalten. Die Zahlstellenkassierer werden ersucht, bei Abmeldung auf diese Warnung aufmerksam zu machen.  
 Zahlstelle Berlin und Umgegend.  
 J. A.: W. Ropschläger, Vorsitzender.  
 [M. 8]

**Berlin und Umgegend.**

Der Beerdigungsverein der Zimmerer Groß-Berlins scheidet seinen Mitgliedern ein anständiges und würdiges Begräbnis. Mitglieder werden aufgenommen jeden zweiten Freitag im Monat, abends 7 1/2 Uhr, in Gulers Sälen, Köpenicker Straße 62.  
 [M. 2,10] Heinrich Werner, Kassierer.